



Bezirk Bochum-Herne

Was die NRW-Landesregierung plant - eine A u s w a h l :

" Freiheit vor Gleichheit, privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen "

# Schwarz-Gelb greift an

**" Regierungschef Jürgen Rüttgers tritt in der Öffentlichkeit als fürsorglicher Landesvater auf (...) und setzt marktwirtschaftliche Politik um: Neoliberales verpackt mit landesväterlichem Antlitz. "** (WAZ v. 21.12.05)

Die NRW Landesregierung langt richtig zu und für jeden von uns ist was dabei. Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP sowie die ersten Monate des Regierungshandelns signalisieren wohin die Reise gehen soll.

Auf dem Rücken der Arbeitnehmer und der Erwerbslosen soll NRW mit hoher Geschwindigkeit neoliberal umgebaut werden.

Es wird Zeit das wir auch die Landespolitik und ihre Auswirkungen auf die kommunale Ebene stärker ins Visier nehmen, uns politisch positionieren und im Bunde mit Anderen über geeignete Aktionen nachdenken.

Einen ersten Ansatzpunkt bietet hierbei der Beschluss eine neuerliche VOLKSINITIATIVE gegen die Kürzungen im Landesjugendplan durchzuführen.

Die vorliegende Zusammenstellung ist alles andere wie vollständig. Es handelt sich - in Ermangelung anderer Unterlagen - lediglich um die Auswahl einiger bisher bekannt gewordener Knackpunkte, die im Wesentlichen der Tagespresse entnommen sind.

*Norbert Arndt*

Geplante Maßnahme :	Mögliche Auswirkungen:
<p><b><u>1. Aufhebung des Tariftreuegesetzes</u></b>                      Ab Mitte 2006 müssen die NRW-Städte, Gemeinden und das Land bei öffentlicher Auftragsvergabe nicht mehr darauf achten, dass der Auftragnehmer seinen Beschäftigten Tariflohn zahlt oder die tarifliche Arbeitszeit einhält. Spätestens im Sommer 2006 soll das seit 2002 bestehende &gt;Tariftreuegesetz&lt; abgeschafft werden. Die Aufhebung des TV-Gesetzes ist nur ein Teil der sogen. Mittelstandsoffensive der Landesregierung.</p> <p><b><u>2. Verwässerung des LPVG</u></b>                      Die Landesregierung greift das Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG) an und will es erheblich verschlechtern. Eine Kleinstarbeitsgruppe im Innenministerium entwickelt in geheimer Mission ein entspr. Konzept. Durchgedrungen ist, dass insbesondere die &gt;Dienststellendefinition&lt; und die &gt; Mitbestimmungsrechte &lt; der Personalräte infrage gestellt werden. Damit wären Auswirkungen auf die Zahl der Personalräte, auf die Freistellungen und die Einflussmöglichkeiten der Personalräte verbunden.</p> <p><b><u>3. Einschränkung der Gemeindebetriebe</u></b>                      Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen (kommunalwirtschaftlicher Unternehmen) soll weiter zurückgefahren werden. Der Staat soll sich auf die sogen. Grundversorgung der Bevölkerung konzentrieren und ggf. gewinnbringende Aufgaben sollen im Wettbewerb von privaten Anbietern übernommen werden. Ob auch Gemeindebetriebe wirtschaftlich und effizient arbeiten spielt gar keine Rolle mehr. Hier geht es um Ideologie und Ordnungspolitik.</p> <p><b><u>4. Kürzungen für Beamte festgeschrieben</u></b>                      Es bleibt unter der schwarz-gelben Landesregierung bei den von der SPD-Grünen Landesregierung vollzogenen, einschneidenden Verschlechterungen für Beamte. ( Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 41 Std. , Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, keine vollständige Übertragung von Tarifergebnissen, Versorgungseinbußen ...)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schmutz- und Unterbietungskonkurrenz bekommt mehr Möglichkeiten,</li> <li>- Lohn- u. Sozialdumping z.B. auf Baustellen u. bei Gebäudereiniger ...</li> <li>- Größerer Konkurrenzdruck auch im ÖPNV bei Ausschreibung von Lizenzen...</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Realisierung ginge an die Substanz !</li> <li>- weniger Mitbestimmungsrechte der PR,</li> <li>- kleinere PR-Gremien,</li> <li>- weniger Freistellungen,</li> <li>- schlechtere Vertretung der jew. Verwaltungsbereiche im PR,</li> <li>- negative Rückschlüsse auf ver.di-Einfluss im Betrieb ...</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Realisierung ginge an die Substanz (z.B. GMH/Zentralwerkstatt, Stadtgrün, Stadtwerke, Entsorgung u.ä. ...)</li> <li>- im Jahre 1999 sind Bemühungen um eine Ausweitung der Wirtschaftlichen Betätigung ( §107 Gemeindeordnung) am Widerstand von CDU / IHK'en und Handwerkskammern aber auch der rot-grünen Landesregierung gescheitert,</li> <li>- neue Privatisierungswelle droht !</li> <li>- weiterer Stellenabbau !</li> </ul>

In 2006 wird das Weihnachtsgeld auf 30 % halbiert.

#### **5. Tarifabsenkungen / TVÖD**

Schwarz-Gelb hält auch hinsichtlich ihrer Rolle in der TdL am Kurs ihrer Vorgängerregierung nach Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst fest. Insbesondere strebt die Rüttgers-Regierung auch eine Wochenarbeitszeitverlängerung für Arbeiter und Angestellte im Landesdienst auf 41 Stdt./Woche ohne Lohnausgleich an.

#### **6. Weiterer Personalabbau**

Die Landesregierung will die 344.000 Stellen im Landesbereich bis 2010 um mindestens 10.080 Stellen verringern, davon 2.520 bereits bis 2006. Dabei wird auch in den Verwaltungsbereichen der POLIZEI, Finanzen, Schule und Hochschule gekürzt-entgegen den Zusagen im Koalitionsvertrag.

#### **7. Schleifen des Ladenschlussgesetzes**

Die Ladenöffnungszeiten im Einzelhandel sollen völlig frei gegeben werden...

#### **8. Sparkassen**

Im Koalitionsvertrag ist zwischen CDU und FDP vereinbart, die WestLB zu privatisieren. Der öffentlich/rechtliche Status der Sparkassen soll *vorerst* unangetastet bleiben.

#### **9. Kürzungen bei Kindertagesstätten**

Das Landesministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration will den sogen. Elternbeitragsdefizitausgleich nicht mehr übernehmen. Das entspr. Gesetz soll zum 01.07. oder 01.08. 2006 in Kraft treten. Dadurch fehlen in Herne 1,1 Mio € in der Finanzierung der KITA's.

Der Elternbeitrag für 1 Kindergartenkind beträgt 19 % ( in Herne 12 % ). Stadt und Land teilten sich bisher die fehlenden 2,2 Mio €. Mitte des Jahres soll festgelegt werden, dass die Kommunen die "*Elternbeiträge unter Beachtung einer sozialen Staffelung allein festsetzen.*"

Die Stadt hat nun zu prüfen, ob sie die 1,1 Mio € allein aufbringt oder die Last über höhere Nutzungsgebühren den Eltern aufbürdet.

- höhere Elternbeiträge,
- Abmeldung von Kindern,

### **10. Einsparungen bei Betriebskostenzuschüssen pro KITA-Gruppe**

Außerdem sollen die Betriebskostenzuschüsse des Landes für die KITA-Gruppen entfallen. Das wären zwischen 2.838 und 2.2238 € pro Gruppe. Bei 213 Gruppen in Herne wären das 583.932 € im Jahr.

### **11. Einsparungen bei Hort-Platz-Förderung**

In Herne und Wanne-Eickel gibt es 9 Kinderhorte in denen Kinder bis zum 14. Lebensjahr ganztägig betreut werden. Die Landesregierung plant, die Förderung der Hortplätze ab Sommer 2008 um 80 % (!) zu kürzen. Ab 2008 bekäme die Stadt dann statt bisher 329.100 € nur noch 56.800 €. Nach Aussagen der Verwaltung entspräche dieser Betrag dem Zuschussbedarf von nur noch 2 Horten. Zum 01.08.2010 soll die Landesförderung ganz auslaufen. Die Stadt Herne will (lt. WAZ 21.01.06) > ihre Konzepte< jetzt zunächst auf Grundlage der Pläne der Landesregierung, schnellstmöglich formulieren.

Die ehemalige SPD/Grüne Landesregierung hatte bereits die Absicht die Förderung der Horte zugunsten der Ganztagsgrundschule nur noch bis August 2007 zu garantieren.

Den Trägern der freien Jugendhilfe im Bereich der Ganztagsgrundschulen wird eine 20 %-tige Mittelkürzung auferlegt.

### **12. Einrichtung von Familienzentren**

178 Familienzentren sollen in Kindergärten in NRW als Pilotprojekt starten. Pro Jugendamtsbezirk wird eine Tagesstätte gewählt. Langfristig soll ein Drittel der ca. 9.700 Einrichtungen zum Familienzentrum werden.

Träger sehen darin und in den Forderungen nach einem gebührenfreien Kindergartenjahr sowie der geplanten Kindergartenpflicht einen krassen Widerspruch zu den gleichzeitig vorgesehenen Kürzungen.

- besonders berufstätige Eltern und alleinerziehende Elternteile betroffen,
- Ganztagsgrundschule kann die Bedarfe nicht adäquat auffangen,

Geplante Maßnahme :	Auswirkungen:
<p><b><u>13. Kürzung der Zuschüsse für Frauenhäuser</u></b></p> <p>Die Landesregierung hat die Zuschüsse für die 63 Frauenhäuser in NRW zum 01. Januar 2006 um 30 % gekürzt. Nach Schätzung der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW (LAG), der die Herner Einrichtung angehört, drohen dadurch in NRW 20% der Frauenhausarbeitsplätze wegzufallen. Die Frauenhäuser in NRW sind jährlich für etwa 5.000 Frauen und 5.000 Kinder der einzige Zufluchtort. Sie haben bisher Landeszuschüsse für 4 Stellen ( pro Haus) in Höhe von 60 bis 80 % der tatsächlichen Kosten erhalten. Dieser Zuschuss ist laut LAG seit Jahren pauschaliert und Tarifierhöhungen nicht mehr angepasst worden.</p> <p>Finanziert wird das von einem Förderverein getragene Herner Frauenhaus zu 85 % vom Land NRW und zu 15 % über Spenden, Beiträge und Bußgelder.</p> <p>Die Landeszuschüsse für das Herner Frauenhaus sollen um 30 % gekürzt werden. Anstelle von 123.684 € erhält das Frauenhaus in diesem Jahr nur noch 87.604 € aus Düsseldorf. Auch im Herner Frauenhaus sind 4 Fachkräfte, davon eine für die Kinderbetreuung beschäftigt.</p> <p>In Herne haben im Jahre 2004 ca. 100 Frauen und 80 Kinder im Frauenhaus Schutz vor Gewalt gesucht.</p> <p>Das Frauenhaus berät und informiert zudem Frauen, die als Opfer von Gewalt nicht im Frauenhaus leben.</p> <p><b><u>14. Beendigung der Förderung der Landeskoordinierungsstelle Frauen und Gesundheit NRW</u></b></p> <p>Die Landesregierung beabsichtigt, die Förderung der Koordinierungsstelle zum 31.03.2006 zu beenden.</p>	<p>- Infolge der Zuschussskürzungen fällt eine von zZt. 4 Planstelle gestrichen wird und wegfällt.</p> <p>- Die jew. verbleibenden 3 Kräfte sind nicht mehr in der Lage die Nachbetreuung der Frauen zu gewährleisten.</p> <p>- Reduzierung der Prävention, des Angebotes für Kinder und der Öffentlichkeitsarbeit,</p> <p>- An Prävention und Unterstützung zu sparen, verursacht einen erheblichen Kostenanstieg an anderer Stelle, den letztlich die Allgemeinheit zu tragen hat,</p> <p>- Mit der vorgesehenen Einstellung der Landesförderung werden fachliche Ressourcen entzogen,</p> <p>- die 6 jährige, erfolgreiche Arbeit der Koordinierungsstelle würde zunichte gemacht,</p>

Geplante Maßnahme:	Auswirkungen:
<p><b><u>15. Erneute Kürzung des Landesjugendplanes</u></b></p> <p>Der Landesjugendplan 2005 umfasste nach den Beschlüssen zum Nachtragshaushalt noch unter der rot-grünen Landesregierung rund 80 Mio.€. Er soll um 5 Mio € weiter gekürzt werden. Gleichzeitig besteht seit etwa einem Jahr das &gt; Kinder- und Jugendförderungsgesetz &lt;. Das schreibt vor, den Landesjugendplan 2006 bis 2009 pro Jahr auf 96 Millionen € anzuheben.</p> <p>Das entspräche der Förderhöhe des Jahres 2003. Die Ausstattung des Landesjugendplanes mit 75 statt 96 Mio € entspricht einer Kürzung von 21 Mio €. Es handelt sich hier also nicht nur um eine Kürzung des Landesjugendplanes sondern um Gesetzesbruch.</p> <p>Die Herner Dezernentin Gudrun Thierhoff beziffert die Auswirkungen auf Herne trotz aller Unwägbarkeiten mit einem Minus von 1,1 Mio €. Darin enthalten sind z.B. die Reduzierung der Betriebskostenauspauschale für Kindertageseinrichtungen und der Rückzug des Landes aus dem Ausgleich für nicht eingenommene Elternbeiträge. <i>Eine Landesinitiative der nordrhein-westfälischen Kinder- und Jugendarbeit hat bereits die Durchführung einer erneuten VOLKSINITIATIVE beschlossen. Ziel sind 1 Million Unterschriften, statt wie 175.000 im Jahre 2004.</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Stadt Herne kann die gekürzten Landesmittel nicht kompensieren,</li> <li>- Mit den Sparplänen drohen weitere Einschnitte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die Ausbildung Ehrenamtlicher ist gefährdet und es kann zu Kürzungen in der Bezuschussung von Ferienfreizeiten kommen,</li> <li>- Planungssicherheit geht verloren,</li> <li>- Träger könnten sich zurückziehen,</li> <li>- Schließung von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, ( Häuser in denen Kinder und Jugendliche Schulaufgabenhilfe erhalten, spielen können oder an Förderprogrammen teilnehmen),</li> <li>- Gefährdet ist die Beteiligung der freien Träger an Ganztagschulprojekten,</li> <li>- Gefährdung von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige Kinder,</li> </ul> <p>( In 2005 war eine katholische Einrichtung mit Unterstützung der Stadt in die Kleinkinderbetreuung eingestiegen. in 2006 sollten zwei weitere folgen),</p>



Geplante Maßnahme:	Auswirkungen:
<p><b><u>18. Kürzungen bei Forschungsinstituten</u></b>  Das Land NRW kürzte 3 Top-Forschungsinstituten in Gelsenkirchen (IAT), Essen (KWI) und Wuppertal (WI) seit 2003 bis 2006 insgesamt 30% der Zuschüsse.  Mit 7,6 Mio € können die Spitzeninstitute in 2006 noch rechnen. Was danach passiert ist völlig offen. Befürchtet wird das schleichende Aus der Top-Institute. Die Institute erarbeiten derzeit Vorschläge für ihr weiteres Bestehen. Die Möglichkeiten reichen von vollständiger Privatisierung bis zur Anbindung an eine Universität.</p> <p><b><u>19. Verkauf staatlichen Eigentums</u></b>  Staatliches Eigentum, insbesondere Wohnungen im Landesbesitz sollen verkauft, Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit der Landesentwicklungsgesellschaft " in eine private Rechtsform " zusammengelegt werden.</p> <p><b><u>20. NRW-Kombilöhne</u></b>  Die Landesregierung wird ein eigenes Konzept für Kombilöhne vorlegen und dazu noch in diesem Jahr ein Modellprojekt starten.</p> <p><b><u>21. Wende in der Verkehrspolitik/ÖPNV</u></b>  Die Landesregierung setzt mit ihrem Minister Oliver Wittke in Zukunft verstärkt auf den Straßenausbau, <i>nicht</i> auf die Schiene. Wittke sieht große Sparreserven bei der Organisation der Verkehrsverbände. Von den 9 Zweckverbänden im ÖPNV seien einige nicht leistungsfähig und <i>müssten fusionieren</i>. Zudem sei es Sache der Städte, die Vielzahl der Verkehrsgesellschaften mit ihren teuren Vorständen zu reduzieren.  Diese Überlegungen korrespondieren mit Plänen der großen Koalition ab 2007 die Bundeszuschüsse für den Nahverkehr stark zu kürzen. Insgesamt gibt es in NRW 61 kommunale Verkehrsbetriebe, darunter HCR und BOGESTRA.</p>	

Geplante Maßnahme:	Auswirkungen:
<p><b><u>22. Ruhrgebiet</u></b>  Nach Presseberichten wird das Ruhrgebiet durch die Landesregierung deutlich schlechter behandelt als andere NRW-Regionen. Das Ruhrgebiet verliere durch das Sparpaket der Landesregierung bei der Förderung des Strukturwandels in 2006 rund 85 Mio €. (Minus von 36 %) Bei der EU-Ziel-Förderung seien es 2006 etwa 56 % weniger als bisher vereinbart, die "Projekt Ruhr " erhalte 26 % geringere Mittel, die EU-Sozialprogramme seien mit einem Minus von 20 % dabei und die Förderung der Flächenaufbereitung im Ruhrgebiet über den NRW-Grundstücksfonds werde um satte 61 % reduziert. In den nächsten 3 Jahren gingen dem Ruhrgebiet über 200 Millionen € verloren.  U.a. seien dadurch der Betrieb der Essener Zeche Zollverein, der Bochumer Jahrhunderthalle und der Ausbau des Dortmunder Phoenix-West-Geländes akut gefährdet.</p> <p><b><u>23. RVR</u></b>  Der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) hält gemeinsam mit den jeweiligen Kommunen (50:50) Beteiligungen an den Revierparks und Freizeitzentren. In Herne Revierpark Gysenberg GmbH mit dem " Lago " und in Bochum Freizeitzentrum Kernnade.  Die Verbandsversammlung des RVR hat zur Jahresmitte 2005 eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Revier- und Freizeitzentren veranlasst. Bisher hat der RVR seine Zuschüsse für die Revierparks bereits pauschal um 10 % gekürzt. Im Zusammenhang mit der Kürzung des Landesanteils für den RVR in Höhe von 8 Mio € gerät der RVR mit seinen Einrichtungen zusätzlich in eine Schief-lage. Dadurch wird der Druck auf die Revierparks (freiwillige Aufgaben) zu-sätzlich erhöht.</p>	

